S 2 P 18/00

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

Sachgebiet Pflegeversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze -

1. Instanz

Normenkette

Aktenzeichen S 2 P 18/00 Datum 05.04.2001

2. Instanz

Aktenzeichen L 7 P 29/01 Datum 18.12.2001

3. Instanz

Datum -

- I. Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Regensburg vom 05.04.2001 wird zurýckgewiesen.
- II. Au̸ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Zwischen den Beteiligten ist streitig, ob die Beklagte dem KlĤger Leistungen wegen hĤuslicher Pflege nach der Pflegestufe I zu gewĤhren hat.

Der am 1942 geborene Kläger leidet an einer Psychose mit organischer Wesensveränderung, an Diabetes mellitus, einer Erblindung bei Retinopathie, an Depressionen und anderem. Am 14.11.1998 beantragte er Leistungen wegen häuslicher Pflege aus der gesetzlichen Pflegeversicherung. Er fù¼gte ein Attest des Neurologen Dr.L. vom 14.11.1998 bei. Er werde von seiner Ehefrau gepflegt. Sie fù¼hre ein Pflegetagebuch, das er vorlege. Daraus ergibt sich, dass der Kläger bei allen Verrichtungen mit Ausnahme des Stehens der Hilfe bedarf. Bei Addition der angegebenen Zeiten beläuft sich der Pflegebedarf pro Tag auf 27,33 Stunden. Die Beklagte beauftragte ihren medizinischen Dienst â□□ MDK â□□ ein Gutachten nach

Hausbesuch am 18.05.1999 zu erstatten. Im Gutachten vom 07.06.1999 wird ein Hilfebedarf im Bereich der Körperpflege von 17 Minuten, bei der Ernährung von 6 Minuten und bei der Mobilität von 8 Minuten pro Tag, also insgesamt 31 Minuten bescheinigt. Ein hauswirtschaftlicher Bedarf von 45 Minuten wird fù¼r angemessen gehalten. Mit Bescheid vom 23.06.1999 lehnte die Beklagte darauf gestù¼tzt die Gewährung von Pflegegeld ab. Im Widerspruch brachte die frù¼here Betreuerin des Klägers vor, es bestehe ein höherer Pflegebedarf. Die Beklagte veranlaÃ□te eine nochmalige Begutachtung durch ihren MDK nach einem Hausbesuch am 18.10.1999. Das Gutachten vom 17.11.1999 bestätigte nochmals einen Hilfebedarf im Bereich der Grundpflege von 31 Minuten. Im Bereich der Hauswirtschaft wurden jetzt 50 Minuten fþr notwendig erachtet. Mit Bescheid vom 29.11.1999 lehnte die Beklagte erneut Leistungen aus der Pflegeversicherung ab, weil der Kläger im Bereich der Grundpflege keinen Hilfebedarf von mehr als 45 Minuten täglich im Wochendurchschnitt habe. Der Widerspruch blieb erfolglos (Widerspruchsbescheid vom 01.03.2000).

Dagegen hat der Kläger beim Sozialgericht Regensburg Klage erhoben. Er hat ein psychiatrisches Gutachten vom 26.05.2000 vorgelegt. Dieses war auf Veranlassung des Amtsgerichts Regensburg â∏∏ Vormundschaftsgericht â∏∏ zur GeschĤftsfĤhigkeit des KlĤgers fļr alle Angelegenheiten erstattet worden. In der mündlichen Verhandlung vom 31.07.2000 hat die Ehefrau des Klägers als Zeugin einen Hilfebedarf in Form der Beaufsichtigung beim Umgang mit Wasser, also einmal täglich beim Duschen mit voller Ã∏bernahme im zeitlichen Umfang von 15 bis 20 Minuten, bei der Zahnpflege in Form von Bereitstellen der notwendigen Sachen und der Aufsicht von 5 Minuten, beim Rasieren von 10 Minuten und beim KAxmmen von 2 Minuten geschildert. Bei der Darm-und Blasenentleerung müsse der Kläger nachts bis zu zehnmal zur Toilette geführt werden, wobei jedesmal ein Nachreinigen erforderlich sei. Der KlĤger benĶtige wegen des Diabetes mellitus täglich 6 Mahlzeiten, welche mundgerecht zubereitet werden müÃ∏ten. Gelegentlich müsse ihm beim Aufstehen und Zu-Bett-Gehen, beim An- und Auskleiden in Form des Bereitlegens der Kleidung und der Kontrolle, was 6 bis 8 Minuten täglich in Anspruch nehme, geholfen werden. Beim Verlassen und Wiederaufsuchen der Wohnung zum mindestens einmal wA¶chentlich anfallenden Hausarztbesuch belaufe sich die Hilfe auf 60 bis 90 Minuten. VollstĤndiger Hilfebedarf bestehe bei der hauswirtschaftlichen Versorgung. Das Gericht hat nach Beiziehen von Befundberichten der behandelnden ̸rzte den Lehrer für Pflegeberufe B. zum SachverstĤndigen ernannt. Dieser hat nach einem Hausbesuch am 30.10.2000 und nach Einblick in die Pflegedokumentation des Bezirksklinikums R., wo der Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{a}\) ger vom 13.01. bis 09.03.1999 und vom 06.08. bis 24.08.1999 stationÃxr behandelt worden war, am 06.12.2000 ein Gutachten erstattet. Darin ist er zum Ergebnis gekommen, der KlĤger benĶtige wegen seiner Sehbehinderung im Bereich der KĶrperpflege beim tĤglichen Duschen Hilfe von 15 Minuten, im Bereich der Zahnpflege, wozu ihm die hierfür notwendigen Utensilien bereitgelegt werden müÃ∏ten, von 2 Minuten täglich und weil er wegen seiner zitternden HAxnde dies nicht verrichten kAnne, beim Rasieren von 5 Minuten tÄxglich. Im Bereich der ErnÄxhrung bestehe kein Hilfebedarf. Beim An- und Auskleiden mýsse die Kleidung bereitgelegt bzw. wieder weggerĤumt werden, was 5 Minuten in Anspruch nehme. Beim Verlassen

und Wiederaufsuchen der Wohnung einmal pro Woche zum Hausarzt und zweimal pro Monat zum Facharzt müsse er begleitet werden. Hierfür seien ohne Wartezeit jeweils 40 Minuten anzusetzen. Es bestehe ohne die Begleitung au̸er Haus ein Grundpflegebedarf von ca. 27 Minuten tĤglich und im Bereich der Hauswirtschaft ein Hilfebedarf von ca. 31 Stunden in der Woche. Die BevollmÃxchtigte des KlÃxgers nahm dazu Stellung; sie brachte vor, beim Hausbesuch durch den Gutachter habe der KlĤger sich in einer "PrÃ1/4fungssituation" befunden und mehr Verrichtungen vollbracht als sonst. TatsÃxchlich liege der tÃxgliche Hilfebedarf weitaus höher. In der mündlichen Verhandlung vom 05.04.2001 haben der Vertreter der Beklagten und die Urkundsbeamtin berichtet, sie h\(\tilde{A}\)\(\tilde{x}\)tten den KI\(\tilde{A}\)\(\tilde{x}\)ger mehrfach alleine auf der Stra̸e gesehen. Mit Urteil vom 05.04.2001 hat das Sozialgericht die Klage abgewiesen. Es sei davon auszugehen, dass beim KlAzger im Bereich der Grundpflege maximal ein Hilfebedarf von 35 bis 36 Minuten pro Tag bestehe. Dies entnehme es dem Gutachten von B. und den verschiedenen MDK-Gutachten sowie der Pflegedokumentation des Bezirksklinikums R â∏¦ Dies gelte auch unter der Annahme, der Kläger müsse regelmäÃ∏ig einmal pro Woche zu seinem Hausarzt begleitet werden, was das Gericht nicht nĤher nachzuprļfen habe. Denn auch dann würden die vom Gesetz festgelegten 45 Minuten täglichen Hilfebedarfs nicht erreicht, geschweige denn überschritten.

Dagegen hat der KlĤger Berufung eingelegt und zur Begründung vorgetragen lassen, sein Hilfebedarf sei weit höher. Er sei schlieÃ∏lich keine Maschine, die auf Knopfdruck in Gang gesetzt werden kA¶nne. Er sei oft nicht in der Lage notwendige Dinge, wie Zähneputzen und dergl. zu beginnen. Er müsse dazu aufgefordert und dabei beobachtet werden. Zwar erfordere dies nicht die uneingeschrĤnkte Aufmerksamkeit der Pflegeperson, jedoch sei diese insoweit zeitlich gebunden. All dies müsse berücksichtigt werden. Man dürfe sich nicht an den bloÃ∏en Zeitwerten orientieren. Dies werde seiner Situation nicht gerecht. Der Senat hat bei den HausĤrzten des KlĤgers angefragt und um Auskunft gebeten, wie oft der KIäger zu Arztbesuchen in den Jahren 2000 und 2001 in ihren Praxen erschienen sei. Nach den Auskünften der behandelnden Ã∏rzte ist der Kläger dort nicht regelmäÃ∏ig 1 x pro Woche erschienen. Ferner hat der Senat geprüft, von wann bis wann der Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)er station\(\tilde{A}\)\(\tilde{x}\)r behandelt worden war und ob den dort gef\(\tilde{A}\)\(^1\)/4hrten Pflegedokumentationen Anhaltspunkte über das AusmaÃ∏ der Pflegebedürftigkeit zu entnehmen seien. Der Senat hat den Kläger darauf hingewiesen, dass kein regelmäÃ∏ig einmal pro Woche stattgefundener Arztbesuch durch seine behandelnden ̸rzte dokumentiert werde. Er hat hierzu eingewandt, die Aussage seiner Ehefrau vor dem Sozialgericht verliere durch diese Feststellungen nicht an Glaubwürdigkeit. Sie sei rund um die Uhr mit seiner Pflege beschäftigt. Der Minutenhandel sei im Ã∏brigen deprimierend.

Der KlĤger beantragt,

die Beklagte unter Aufhebung des Urteils des Sozialgerichts Regensburg vom 05.04.2001 und des Bescheids vom 23.06.1999 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 01.03.2000 zu verurteilen, ihm auf seinen Antrag vom 14.11.1998 Pflegegeld wegen hĤuslicher Pflege nach der Stufe I zu gewĤhren.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung des KlAzgers zurA¼ckzuweisen.

Im Ã\[]brigen wird gem\tilde{A}\[\tilde{A}\tilde{\tilde{S}}\] \frac{\tilde{A}\tilde{S}}{136}\] Abs.2 Sozialgerichtsgesetz \(\tilde{a}\)\[] SGG \(\tilde{a}\)\[] auf den Inhalt der Akte der Beklagten sowie der Gerichtsakten erster und zweiter Instanz Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die Berufung des KlAzgers ist zulAzssig (<u>ASAS 143</u>, <u>151 SGG</u>), aber unbegrA¼ndet.

Zu Recht hat das Sozialgericht entschieden, dass dem Kläger ein Anspruch auf Pflegegeld gemäÃ∏ der §Â§ 37, 14, 15 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 3 Nr. 1 SGB XI ab dem 01.11.1998 nicht zusteht. Ein solcher Anspruch setzt voraus, daÃ∏ Pflegebedürftigkeit im Sinne des § 14 SGB XI zumindest in einem AusmaÃ∏ vorliegt, das in § 15 Abs. 1 Nr. 1 und § 15 Abs. 3 Nr. 1 SGB XI festgelegt ist. Der Hilfebedarf des Klägers im Bereich der Grundpflege erreicht nicht den darin zeitlich festgelegten Umfang von mehr als 45 Minuten täglich im Wochendurchschnitt.

Ma̸gebend für den Senat sind insoweit die Feststellungen des MDK in den Gutachten vom 18.05.1999 und 17.11.1999, welche er im Urkundenbeweis verwerten kann, ferner die Feststellungen des gerichtlichen SachverstĤndigen B. vom 06.12.2000 und die schriftlichen AuskA¹/₄nfte der HausAxrzte Dr.F., Dr.F. und Dr.D. vom 21.12.2000 bzw. vom 24.08.2001. Danach steht insgesamt fest, dass der KlĤger Hilfe beim Duschen, bei der Zahnpflege, dem Rasieren, dem KĤmmen und dem An- und Auskleiden benĶtigt. Insoweit besteht Einigkeit aller vorgenannten SachverstĤndigen. Zu berļcksichtigen ist dabei, dass beim Duschen nur Aufsicht und eine teilweise ̸bernahme (Waschen des Rückens) erforderlich ist. Beim Zähneputzen muÃ∏ wegen der Sehbehinderung lediglich das Zahnputzzeug zurecht gelegt werden; beim An- und Auskleiden gilt dies fýr die Kleidunggsstücke. Ansonsten ist der Kläger weder im Bereich der Hand- noch der Beinmotorik eingeschrĤnkt. Dies lĤÃ∏t sich auch den vorgelegten Pflegedokumentationen der KrankenhĤuser, in denen der KlĤger stationĤr behandelt worden war, entnehmen. Dabei handelt es sich um das Bezirksklinikum R., wo der KlĤger sich vom 13.01. bis 09.03.1999, vom 06.08.1999 bis 24.08.1999 und vom 07.05.2001 bis 18.06.2001 aufhielt, um das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder R. mit stationÃxrem Aufenthalt vom 06.07. bis 25.07.2001 und um das Caritas-Krankenhauses S. mit station Axrem Aufenthalt vom 10.07.1999 bis 14.07.1999. Selbst wenn man von den Angaben seiner Ehefrau vor dem Sozialgericht am 21.07.2000 ausgehen wollte, so ergibt sich kein anderes Bild. Denn abgesehen von der nachfolgend genannten Ausnahme deckt sich der von ihr geschilderte Verrichtungsumfang. Wenn sie anführt, der Kläger müsse nachts bis zu 10 mal zur Toilette geführt werden, so ist dies nicht schlüssig und nicht nachvollziehbar, denn beim Toilettenbesuch untertags wird keine Hilfe in Anspruch genommen. Warum dies in der Nacht anders sein soll, ist nicht plausibel.

Es kann dahingestellt bleiben, ob der Kläger tatsägchlich nicht mehr in der Lage ist, ohne fremde Hilfe das Haus zu verlassen. Denn selbst wenn man dies zu seinen Gunsten unterstellt, wird der Zeitumfang fýr die Pflegestufe I von mehr als 45 Minuten im Grundpflegebereich nicht erreicht. Denn es ist nur die Hilfe berücksichtigungsfähig, die beim Verlassen und Wiederaufsuchen der Wohnung zu einem Zweck anfÄxllt, der dazu bestimmt ist, die Aufrechterhaltung der Existenz in der h\tilde{A}\tilde{x}uslichen Umgebung zu sichern (BSG Urteil vom 29.04.1999; B 3 P 7/98 R). Zudem mu̸ es sich um Wege handeln, die mindestens einmal pro Woche erforderlich sind (BSG Urteil vom 29.04.1999; B 3 P 12/98 R). Die Ermittlungen des Senats bei den ̸rzten des Klägers, Dr. F., Dr.D. und Dr.F., erbrachten nicht den Beweis für regelmäÃ∏ige Praxisbesuche von mindestens einmal pro Woche. Innerhalb seines häuslichen Bereichs kann sich der Kläger trotz seiner Sehbehinderung ausreichend sicher bewegen. Anzumerken ist in diesem Zusammenhang, dass er sich wĤhrend seines Aufenthalts im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder sogar alleine auf dem Flur fortbewegen konnte, wie der Pflegedokumentation zu entnehmen ist. Andere regelmäÃ∏ig einmal pro Woche erforderliche Besuche au̸er Haus fallen nach dem eigenem Vortrag des Klägers nicht an. Damit kommt der Senat zum Ergebnis, dass die vom Sozialgericht angestellte Berechnung des Hilfeumfangs eher gro̸zügig und damit im Wesentlichen zutreffend ist. Der Zeitrahmen von mehr als 45 Minuten Hilfe im Grundpflegebereich, wie er für die Pflegestufe I in § 15 Abs. 3 Nr. 1 SGB XI genannt wird, ist jedenfalls nicht erreicht.

Der Senat kommt daher zum Ergebnis, dass dem Kläger kein Anspruch auf Gewährung der vorgenannten Leistung ab dem 01.11. 1998 zusteht. Seine Berufung gegen das Urteil des Sozialgerichts Regensburg vom 05.04.2001 war daher zurückzuweisen.

Die Kostenentscheidung stÃ1/4tzt sich auf § 193 SGG.

Die Revision war nicht zuzulassen, da die Voraussetzungen des <u>§ 160 Abs. 2 Nrn</u>. 1 und 2 SGG nicht gegeben sind.

Erstellt am: 03.10.2003

Zuletzt verändert am: 22.12.2024